

Beschluss

der Bundesmitgliederversammlung der Liberalen Schwulen und Lesben
beschlossen am 13. November 2011 in Frankfurt am Main

Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bi-, Trans*- und Heterosexuellen weiter voranbringen

Der Bundesverband der Liberalen Schwulen und Lesben begrüßt die durch die FDP in der Bundesregierung erzielten Fortschritte bei der rechtlichen Gleichstellung von Schwulen, Lesben, bi-, trans- und heterosexuellen Menschen beim Beamten-, Richter-, Entwicklungshelfer- und Soldatenrecht, bei der Erbschaft- und Grunderwerbsteuer sowie bei der BaföG-Reform.

Der Bundesverband dankt allen Abgeordneten und Mitarbeitern der FDP-Bundestagsfraktion und den Mitgliedern der Bundesregierung, die sich dafür engagiert haben.

Der Bundesverband der Liberalen Schwulen und Lesben freut sich über die eingeleitete Errichtung der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld und wertet die Zusammensetzung des Kuratoriums der Stiftung als ein wichtiges Signal dafür, die Umsetzung des Stiftungsauftrages im engen Dialog mit dem Deutschen Bundestag und den schwul-lesbischen Interessenverbänden zu gestalten.

Der Bundesverband der Liberalen Schwulen und Lesben nimmt positiv zur Kenntnis, dass sich die Bundesregierung in den auswärtigen Beziehungen gegen jegliche Benachteiligung u.a. aufgrund von sexueller Orientierung wendet und dankt den Verantwortlichen in Auswärtigen Amt und Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wie auch dem Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung für ihren entsprechenden Einsatz.

Der Bundesverband der Liberalen Schwulen und Lesben erinnert die FDP-Bundestagsfraktion wie auch die liberalen Mitglieder der Bundesregierung an die im Koalitionsvertrag fixierte Vereinbarung, „gleichheitswidrige Benachteiligungen im Steuerrecht abzubauen und insbesondere die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zur Gleichstellung von Lebenspartnern mit Ehegatten umzusetzen.“

Der Bundesverband der Liberalen Schwulen und Lesben fordert die Liberalen in Bundestag und Bundesregierung auf, bei den Koalitionspartnern wie auch dem Bundesminister für Finanzen auf umgehende Aktivitäten zur Umsetzung dieser gemeinsamen Absichtserklärung von Union und FDP hinzuwirken.

Der Bundesvorstand der Liberalen Schwulen und Lesben wird beauftragt, in Kooperation mit seinen Landesverbänden und geeigneten Antragsberechtigten darauf hinzuwirken, dass bei dem ordentlichen Bundesparteitag der FDP 2012 ein Antrag zur Vollendung der rechtlichen Gleichstellung von Eingetragenen Lebenspartnerschaften mit der Ehe vorgelegt wird, um die Beratung der damit im Zusammenhang stehender Fragestellungen (Adoptionsrecht, Situation von „Regenbogenfamilien“) zu ermöglichen und eine Berücksichtigung der Belange von Lesben, Schwulen, Bi-, Trans- und Intersexuellen im Grundsatzprogramm zu erzielen.